



IPPNW-Stellungnahme

Rassismus macht krank – Medizin gegen Ausländerhass

Die Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) setzen sich für eine vielfältige Gesellschaft ein, die Schutz, Entfaltungsmöglichkeiten und Gerechtigkeit bietet. Wir verurteilen jegliche Form von rassistisch motivierten Handlungen. Wir fordern die Menschen in Deutschland auf, sich mit Geflüchteten zu solidarisieren. Einsatz für Flüchtlinge ist Friedensarbeit, ist Menschenrechtsarbeit.

Kaum jemand verlässt einfach so seine Familie, sein Zuhause, seine Freunde, sein gewohntes Umfeld, um sich auf eine lebensgefährliche Reise zu begeben, auf der es keinen Schutz und keine Garantien gibt. Die Mehrzahl der Ursachen für Flucht finden wir nicht im Globalen Süden, sondern direkt vor unserer Haustür. Sie heißen z.B. Kriege mit im Norden produzierten Waffen, Stellvertreterkriege, postkoloniale Strukturen, Klimawandel, die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, Liberalisierung, Privatisierung im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen und Fehlsteuerung durch Agrarsubventionen. Die Folgen und Auswirkungen machen vielen Menschen das Leben in ihrem Land schwer bis unmöglich. Oft ist Flucht ihr einziger Ausweg. Sie zu unterstützen, ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Die Attraktivität und der Wohlstand unserer Länder gründen auf Verzicht, Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen in den meisten Herkunftsländern der Flüchtlinge. Dass sie in die Industriestaaten flüchten ist daher eine logische Konsequenz. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine humanitäre Verpflichtung. Gleichzeitig ist sie auch eine große Chance für unsere Gesellschaft. Viele Menschen kommen mit hoher Motivation zu lernen und zu arbeiten in unser Land, das ohne einen solchen Zustrom bald hoffnungslos überaltern würde.

Wir Ärztinnen und Ärzte wissen: Ohne ausländische MitarbeiterInnen stünde unser Gesundheitswesen ganz schön schlecht da. Ohne Migranten müssten Pflegeheime und ambulante Pflegedienste beispielsweise die Versorgung der Alten und Pflegebedürftigen auf ein Minimum reduzieren.

Wir Ärztinnen und Ärzte setzen uns für die Gleichbehandlung aller PatientInnen unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Sexualität ein. Wir sprechen uns aus gegen Rassismus im Alltag des Krankenhauses und in der Praxis.

Als Ärztinnen und Ärzte haben wir nicht nur unmittelbare Verantwortung für unsere PatientInnen, sondern auch eine soziale Verantwortung für die Verhältnisse, die in unserer Gesellschaft herrschen. Sich zu informieren, Gegebenheiten kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren ist wichtig. Doch es bedarf auch einer gesunden Empörung. Rassismus geht uns alle an. Wir dürfen davor nicht die Augen verschließen, ihn herunterspielen oder bagatellisieren.

Die Flucht als solche bzw. die Erlebnisse auf einer Flucht können traumatisierende Auswirkungen auf die Psyche haben. Aber genauso können Ablehnung, Ausgrenzung, physische und psychische Gewalt auf struktureller und individueller Ebene Zustände wie Depression und Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) bedingen. Es ist die (Mit)Verantwortung einer jeden und eines jeden unter uns, Geflüchtete in unsere Gesellschaft aufzunehmen. Als friedenspolitisch-ärztliche Organisation ist es unsere Pflicht, Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, um Krankheit und Desintegration vorzubeugen.

Rassismus macht krank. Er verursacht Angstzustände und Verunsicherung der Betroffenen und lässt unsere Gesellschaft als Ganze erkranken. Leider müssen wir aktuell zunehmend Berichte von Übergriffen mit nationalsozialistischem und rassistischen Hintergrund zur Kenntnis nehmen. Doch sie sind kein Abbild, kein Spiegel unserer Gesellschaft. Eine breite Mehrheit setzt sich für die Rechte der Flüchtlinge ein. Davon zeugen viele lokale, aber auch bundesweite Initiativen z.B. unter dem Motto "Wir sind viele" für das Recht zu kommen und zu bleiben"

<http://kurzlink.de/wir-sind-viele>

Wir alle sind verantwortlich für den Prozess, der Demokratie formt! Wir sind handlungsfähig. Wir haben eine Stimme. Setzen Sie ein Zeichen. Nicht nur gegen Hetze, Fremdenhass und Gewalt, sondern auch für Vielfalt und Zusammengehörigkeit.

Insbesondere schutzbedürftige Gruppen brauchen unsere Unterstützung. Dies müssen staatliche Institutionen gewährleisten. Doch auch jede/r Einzelne von uns hat eine persönliche Verantwortung, diese Gesellschaft in der wir leben, mit zu gestalten. Dies kann in Form von Demonstrationen, Engagement in Willkommensinitiativen und antirassistischen Bewegungen sowie ganz konkret im alltäglichen Leben geschehen. Wichtig ist dabei, nicht nur mit dem Finger auf die „Bösen“ zu zeigen und diese zu verurteilen für ihre Untaten, sondern dem ein aktives Handeln entgegen zu setzen. Unsere positive Aktionen generieren positive Kräfte und Veränderungen. Damit können wir diese Welt ein bisschen gesünder zu machen.

**Gehen Sie hinaus, ergreifen Sie Partei
und solidarisieren Sie sich mit Geflüchteten!**

**Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges /
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. | www.ippnw.de
Kontakt: kontakt@ippnw.de**